

Erzgeb. Volksfreund

Tageblatt und Amtsblatt

für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johannsgeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzm. Wildenfels

Telegraphische Adressen:
Volksfreund Schneeberg.

Carlsruhe:
Schneeberg 10.
Aue 81
Schwarzenberg 19.

Nr. 210.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Feiertagen und Festtagen. Abonnement monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1.80 Pf., halbjährlich 3.20 Pf., jährlich 6.00 Pf., in ausländischen Ländern 10 Pf., bezgl. des Auslandes 13 Pf., in ausländischen Ländern 10 Pf., bezgl. des Auslandes 13 Pf., in Afrika 15 Pf., in Ost-Asien 15 Pf., in Süd-Asien 15 Pf., in Australien 15 Pf., in Amerika 15 Pf., in Ost-Asien 15 Pf., in Süd-Asien 15 Pf., in Australien 15 Pf., in Amerika 15 Pf.

Sonntag, den 9. September 1911.

Beim Abonnement für die am Montag erscheinende Nummer ist vom 1. bis 11. Uhr. Ein Abonnement für die am Montag erscheinende Nummer ist vom 1. bis 11. Uhr. Ein Abonnement für die am Montag erscheinende Nummer ist vom 1. bis 11. Uhr.

64. Jahrg.

Schneeberg. Nachkontrolle für Fleischzufuhr betr.

Wir geben bekannt, daß als Untersuchungszeit für eingeführtes frisches Fleisch (§ 4 Abs. 3 der Schlachtordnung vom 1. März 1909) von jetzt ab die Zeit

Werktag 8—9 Uhr vormittags

gilt. Das frische Fleisch muß direkt in das Schuam gebracht werden, darf nicht erst in Wohnungen oder Betrieben und Geschäftsräumen einstellt untergebracht werden.

Schlachtzeiten betr. § 4 b. c. Abs. 1.

An den Montagen wird für lebendes Vieh, das mit dem Eisenbahnzug nachmittags 5^{1/2} Uhr von Jwidaun ankommt, die Schlachtzeit bis abends 8 Uhr verlängert. Bekanntmachung, daß das Schlachtgeschäft um 8 Uhr beendet sein muß. Die Untersuchungszeit bleibt wie bisher.

Schneeberg, den 7. September 1911.

Der Stadtrat.

Dr. v. Wondt, Bürgermeister.

Grünhain.

Gefunden wurde am 6. d. Mts. auf der Straße auf eingabiertem Namen.

Grünhain, den 7. September 1911.

Der Bürgermeister.

Nr. 47, 48 und 49 des diesjährigen Reichsgesetzblattes sind erschienen und liegen in den Expeditionen der unterzeichneten Behörden 14 Tage lang zur Einsichtnahme aus:

Inhalt: Abkommen, betreffend Festlegung der Grenze zwischen Deutsch-Ostafrika und der Belgischen Kongozone. — Bekanntmachung, betreffend die Ratifikation des zwischen dem Deutschen Reich und Belgien am 11. August 1910 abgeschlossenen Abkommens zur Festlegung der Grenze zwischen Deutsch-Ostafrika und der Belgischen Kongozone und den Austausch der Ratifikationsurkunden. — Bekanntmachung, betreffend Ergänzung und Aenderung der Anlage C zur Eisenbahn-Verkehrsordnung. — Bekanntmachung, betreffend die dem Internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnverkehr beigefügte Bille. — Verordnung über die Inkraftsetzung des Gesetzes über die Verfassung Elsaß-Lothringens vom 31. Mai 1911. — Niederlassungsvertrag

zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft. — Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, betreffend Regelung von Rechtsverhältnissen der beiderseitigen Staatsangehörigen im Gebiete des anderen vertragschließenden Teiles. — Bekanntmachung über die Ratifikation des Niederlassungsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 13. November 1909 und des zwischen denselben beiden Teilen am 31. Oktober 1910 abgeschlossenen Vertrags, betreffend Regelung von Rechtsverhältnissen der beiderseitigen Staatsangehörigen im Gebiete des anderen vertragschließenden Teiles, sowie über den Austausch der Ratifikationsurkunden.

Die Stadträte von Aue, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, die Bürgermeister von Grünhain, Gartenstein, Johannsgeorgenstadt und Wildenfels, die Gemeindevorstände des amtshauptmannschaftlichen Bezirks.

Auf Grund des Verbotes vom Rat der Stadt vom 7. September d. J. Einschränkung des Wasserabflusses betr. wird hiermit bekannt gemacht, daß die Wasserleitung auf unserem Friedhofe zu St. Nicolai von uns gesperrt worden ist, daß also ein Begießen der Gräber bis auf weiteres nicht mehr stattfinden kann.

Aue, am 8. September 1911.

Der Kirchenvorstand zu Aue St. Nicolai.
Pfarrer Tempel, Vorf.

Pflichtfeuerwehr Löbnitz.

Sonntag, den 10. September d. J. früh 6 Uhr 8. Übung I. Komp., d. i. der in den Jahren 1888 und 1887 geborenen Mannschaften (außer Stadteil Dreihäufen).

Sammelort: Rathausplatz vor dem Spritzengebäude.

Nichterscheinen und Ungehorsam der Dienstpflichtigen werden bestraft; Nichterscheinen haben außerdem nachzulassen.

Löbnitz, am 4. September 1911.

Das Branddirektorium.

Genossen unter sich.

Während die sächsische Sozialdemokratie auf ihrer vor einiger Zeit in Dresden stattgefundenen Landesversammlung es verstanden haben, mit Rücksicht auf die Wahlen wenigstens nach Außen hin die bestehenden Meinungsverschiedenheiten einzusparen, so ist es, wie wir bereits in der Mittwochnummer kurz mitteilten, auf der Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie, die vor kurzem in Stuttgart tagte, zu bösen Auseinandersetzungen gekommen. Wie in Dresden war in Stuttgart der Kampf um die Aufsicht über die Parteipresse, die auf Wunsch der Radikalen nach Berliner Muster verschärft werden sollte. Die Mehrzahl der Landesversammlung stand zunächst dieser Verschärfung der Aufsicht ablehnend gegenüber. Nach langen, sehr erregten Debatten unterlagen jedoch die Anhänger einer freier organisierten Presse. Bei der Frage, wie die verschärfte Aufsicht zu gestalten sei, kam es zu neuen heftigen Meinungsverschiedenheiten, infolge deren eine ganze Anzahl Delegierter die Versammlung verließen. 61 dieser Delegierten ließen der Landesversammlung eine Erklärung überreichen, die von neuem ein Licht darauf wirft, wie sozialdemokratische Mehrheiten Parteigenossen, die sich weigern, mit einer anderen Ansicht zu haben, zu — um das schöne, so oft von den Genossen angewendete Wort zu gebrauchen — „vergewaltigen“ pflegen. Die Erklärung lautet:

Die unterzeichneten Delegierten haben sich gezwungen gesehen, die Landesversammlung aus folgenden Gründen zu verlassen: Nicht genug damit, daß die sachlich durchaus berechtigten Anträge von der Mehrheit der Delegierten ohne sachliche Würdigung niedergestimmt worden sind, hat die Majorität auch durch die Annahme des Antrages Wöhring den unterzeichneten Delegierten einen Schlag ins Gesicht versetzt. Der Antrag Wöhring bedeutet sachlich die Aufhebung des prinzipiellen Beschlusses über die Einsetzung einer Preßkommission; er prellt die Mitglieder der Preßkommission auf lange Zeit hinaus um das ihnen zuerkannte Recht an der Regelung der Redaktionsverhältnisse als Gleichberechtigte teilzunehmen. In Verbindung mit dem Antrag Wöhring ist der angenommene Antrag über die Preßkommission eine Farce. Damit nicht genug, der Antrag bedeutet außerdem die Wegnahme der Redaktion der „Tagwacht“, Wesmeyer und Reille, und das geschah nach einer etwa 1 1/2 stündigen Anklage des Genossen Reil, die voll der schwersten Unwahrheiten und Beschuldigungen gegen andere Redakteure war. Zu allem wurde den beiden Redakteuren Wesmeyer und Reille sogar das Wort zur Erwiderung verweigert und ihre persönlichen Bemerkungen brutal niedergeschrien. Ebenso wurde der vom Genossen Reil angegriffene Genosse

Stedter niedergeschrien. Diese brutale Vergewaltigung der Minderheit der Delegierten... macht es den unterzeichneten Delegierten unmöglich, der Landesversammlung länger beizuwohnen.

Einen Kommentar hierzu können wir uns wohl ersparen. So was kann eben nur in der „einzigen Kulturpartei“ vorkommen, aber die der wichtige 10 Gebote-Losmann vor kurzem das Wort prägte: „Ein sozialdemokratischer Säugling verfrachtet 100mal mehr Kulturwerte als die Mitglieder des preussischen Herrenhauses zusammen.“

Die Marokkokonferenzen.

In Bestätigung der gestern von uns gebrachten Meldung teilt die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit, daß der Reichskanzler am Mittwochabend nach seiner Ankunft in Berlin eine längere Besprechung mit dem Staatssekretär des auswärtigen Amtes von Riberlen-Wächter hatte. Am Donnerstag schlossen sich mehrere Konferenzen an. Das Blatt fügt hinzu: Die nächste Besprechung des Staatssekretärs v. Riberlen-Wächter mit dem französischen Botschafter Cambon wird voraussichtlich heute (Donnerstag) abend oder morgen (Freitag) früh erfolgen. Zu einer entscheidenden Aussprache dürfte es dabei kaum kommen, da Dr. v. Riberlen-Wächter Hr. Cambon lediglich die Gegenvorschläge der deutschen Regierung überreichen wird. Wie der Berliner Vertreter der „Daily Mail“ mitteilt, soll Dr. v. Riberlen-Wächter zu zwei Vertretern einer ausländischen Macht gesagt haben: „Es wird keinen Krieg geben. Eine Erledigung unserer Differenzen mit Frankreich ist im Gange. Wir erhalten die offene Tür in Marokko und ein Territorium im Kongo. Kein deutscher Reichskanzler könnte vor den Reichstag treten, um einen Krieg wegen einiger marokkanischer Sandberge zu rechtfertigen.“ Die Richtigkeit dieser Mitteilung der „Daily Mail“ erscheint doch recht fragwürdig.

Das „Echo de Paris“ will aus angeblich guter Quelle erfahren haben, Frankreich sei bereit, den besten und produktivsten Teil des Kongo an Deutschland abzutreten. Die vorgeschlagene Grenzlinie gehe von einem Punkte an der Küste vier Meilen südlich der spanischen Besitzung Rio Yuni aus, erreiche den Kongofluß an der jetzigen Grenze Kameruns, lasse Liessa Frankreich, reize den Sanganfluß bis zum Kongo herab, folge diesem bis zum Ubangi, dann wieder hinauf bis Kunde und endige bei Bogue südlich Baisa. Der abgetretene Teil sei besonders reich an Eisenstein, Kautschuk, Nuggelzucker und Erzen. Deutschland fordere aber noch mehr. Im allgemeinen sei jedoch die Stimmung in Paris optimistisch und man wolle, daß

Deutschland die französischen Forderungen betreffs der politischen Herrschaft in Marokko bewilligen werde.

Nach allen jetzt vorliegenden Meldungen zu schließen dürfte also alles Wahrscheinlichkeit nach eine Verständigung erfolgen. Allerdings werden über mehrere Einzelheiten noch längere Verhandlungen stattfinden müssen, so daß ein möglicher Abschluß keinesfalls in den nächsten Tagen zu erwarten sein wird, zumal der französische Botschafter zunächst erst über die deutschen Gegenvorschläge Bericht nach Paris erstatten wird. Immerhin ist es wahrscheinlich, daß in diesen Tagen, spätestens am nächsten Dienstag eine amtliche Erklärung über das Hauptergebnis der Verhandlungen erfolgen wird.

Im Gegensatz zu der beruhigenden Gestaltung der deutsch-französischen Verhandlungen scheint sich die französisch-spanische Differenz zu verschärfen. Das Neue Wiener Tagblatt erhielt von „besonderer Seite“ einen anscheinend inspirierten Artikel, der ankündigt, daß Frankreich nach der voraussichtlichen Einigung mit Deutschland die Lösung seines Konflikts mit Spanien in energischer Weise in Angriff nehmen werde. Ein geheimes Einverständnis zwischen Deutschland und Spanien legt der Artikel nicht voraus.

Im Anschluß hieran sei noch erwähnt, daß Pariser Blätter die Meldung bestätigen, 2000 französische Soldaten seien beauftragt, Marakech zu besetzen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 7. September. (Die Verhältnisse am Getreidemarkt.) Wie das „E. Z.“ an angeblich maßgebenden Stellen hört, schweben zur Zeit zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Reichsfinanzamt, sowie dem preussischen Landwirtschafts- und Handelsministerium und den zuständigen Ministerien der anderen Bundesstaaten Verhandlungen über die Maßnahmen, die zu treffen sind, um angesichts der jetzigen gespannten Verhältnisse am Getreidemarkt so bald als möglich Abhilfe zu schaffen. Es sei sicher, daß die zu treffenden Maßnahmen zur Abhilfe der hohen Getreidepreise sofort nach Wiederbeginn des Reichstags dort zur Sprache kämen.

Berlin, 7. September. (Direkte Kabelverbindung mit den deutschen Kolonien.) Eine direkte Kabelverbindung zwischen Deutschland und den Kolonien dürfte eher zur Tatsache werden, als man allgemein annimmt, und zwar handelt es sich dabei um eine Kombination von funktentelegraphischen Einrichtungen und Kabeln. Zu dem großen funktentelegraphischen Stationen in Ruanga und Ostoma ist nach die Errichtung einer Hauptstation